

Gesetzentwurf zur Deregulierung der Energiewirtschaft

## Steinzeit-Liberalisierung?

**Nach vielen gescheiterten Anläufen soll die deutsche Energiewirtschaft umfassend dereguliert werden. Die mangelnde politische Entschlußkraft läßt jedoch nicht nur ökologische Rückschläge befürchten.**

Von Felix Chr. Matthes

Oben sehen Sie, was früher in der Gaswirtschaft gespielt wurde“, annoncierte unter der Abbildung eines Monopoly-Spielbretts ein bekanntermaßen aggressiver (und erfolgreicher) Neueinsteiger im Gasgeschäft Deutschlands - um dann fortzusetzen: „Unten, was wir jetzt unserer Konkurrenz empfehlen“. Darunter fand sich dann - wie kaum anders zu erwarten - das Spiel „Mensch ärgere Dich nicht“. In der deutschen Energiewirtschaft, die zumindest in ihrem leitungsgebundenen Sektor bisher gegen alle Reformbemühungen nahezu immun zu sein schien, deuten sich einschneidende Veränderungen an.

Zunächst zur Theorie. Strom- und Gaswirtschaft gehören bisher sicher zu den wirtschaftlich risikoärmsten Branchen. Die schnelle und mit erheblichen Finanzmitteln ausgestattete Expansion von Stromversorgern in Abfallwirtschaft, Telekommunikation sowie die wohlgefüllten Rückstellungskassen haben selbst sonst zurückhaltende Autoren zum Attribut skandalös greifen lassen. Preissenkungspotentiale lassen sich hier wohl nicht nur vermuten. Andererseits werden durch die Gewinne aus dem Energiegeschäft vor allem auf kommunaler Ebene zu nicht unbeträchtlichen Teilen und im steuerbegünstigten Querverbund notwendige und chronisch defizitäre, aber sozial und ökologisch sinnvolle Geschäftsfelder - wie der öffentliche Personennahverkehr - subventioniert. Weiterhin stellen die Konzessionsabgaben für die Kommunen mit mehreren Milliarden Mark eine bedeutende Finanzierungsquelle dar. Aus ökologischer Sicht sind außerdem hohe Energiepreise wegen ihres Anreizes zum Energiesparen nicht unbedingt von Nachteil.

Mehr Wettbewerb müßte den Abbau der Monopolgewinne nicht notwendigerweise mit einem Rückschlag für Umweltschutz und Gemeindefinanzen erkaufen. Deregulierung und Wettbewerb könnten über Komplementärinstrumente wie z.B. eine Ökosteuer oder direkte Subventionen der öffentlichen Hand ergänzt werden - so

lautet jedenfalls die Theorie. Wenn jedoch eine über Wettbewerb induzierte Senkung der Energiepreise erst bei den Verbrauchern angekommen ist, wird jegliche Erhöhung dieser Kostenposition - mit Öko-Steuer etc. - auf absehbare Zeit äußerst kompliziert. Im Paket wären mehr energiewirtschaftlicher Wettbewerb und ökologische Reformen vielleicht durchsetzbar - wenn man es denn politisch wollte. Die Aufnahme von Umweltverträglichkeit in den Zielkatalog des Energiewirtschaftsgesetzes reicht allein nicht aus und bleibt so Gesetzeslyrik.

### ► Wettbewerbsmodelle

Daß es nicht nur um die ökologische und soziale Flankierung geht, zeigt auch das in Deutschland verfolgte Wettbewerbsmodell an sich. Es ist eine Binsenweisheit, daß insbesondere in der kapitalintensiven Energiewirtschaft der Wettbewerb nicht - wie beim Monopoly - auf der „grünen Wiese“ und mit gleichermaßen gefüllten Kriegskassen beginnt. Daher bergen alle Konzepte, die den Wettbewerb „durchsickern“ lassen wollen, anstatt für alle gleichermaßen transparente Rahmenbedingungen zu setzen, die Gefahr, eine großangelegte energiewirtschaftliche Flurbereinigung nach sich zu ziehen, an dessen Ende ein Oligopol der Großunternehmen steht. Denn für die Elektrizitäts- und Gaswirtschaft gilt, daß letztlich nur der Netzbetreiber den Zugang zum Kunden hat. Potentielle Wettbewerber können also nur dann wirklich agieren, wenn sie ein Netz zu erträglichen Bedingungen (mit-) benutzen können - die Netze befinden sich jedoch vor allem im Eigentum derjenigen Unternehmen, die auch die meisten Kraftwerke besitzen und kaum ein Interesse an Konkurrenz haben dürften. Statt transparente Bedingungen für den Netzzugang von Konkurrenten zu schaffen, setzt der deutsche Entwurf auf theoretisch zwar elegante, praktisch jedoch wahrscheinlich höchst problematische Mechanismen.

Zunächst wird der Leitungsbau völlig von der energiewirtschaftlichen Regulierung befreit. Dahinter steckt das Kalkül, daß der Netzbetreiber

sich - angesichts der Gefahr, daß Mitbewerber eigene Leitungen bauen - prohibitiver Durchleitungsgebühren enthält. Ob allerdings Wettbewerber die langwierigen und konfliktreichen Planungsverfahren wirtschaftlich durchstehen können, bleibt unwahrscheinlich. Blicke noch der Gang zum Kartellgericht. Aber auch hier ist völlig offen, ob insbesondere kleinere Wettbewerber den zu erwartenden Weg durch alle Instanzen (Dauer: wohl kaum unter fünf Jahren) ökonomisch überleben würden. Ein wirklich ernst gemeintes Wettbewerbsmodell müßte den Netzbetrieb von der Stromerzeugung trennen oder die Netzbetreiber zumindest auf transparente und für alle potentiellen Wettbewerber gleiche Durchleitungsbedingungen verpflichten.

Bis hierher, so wird deutlich, überwiegen die Bedenken - auch, aber nicht nur aus ökologischer Sicht. Jedoch bringen die Wettbewerbsmodelle auch ökologisch positive Effekte hervor. Wo mehr Wettbewerb herrscht, herrscht auch ein wenig mehr Risiko. Mehr Risiko schraubt die Verzinsungserwartungen höher und macht damit kapitalintensive Optionen für Investoren weit weniger interessant. Kohlekraftwerke und Atomreaktoren werden teurer, hoch attraktiv dagegen die (hinsichtlich ihrer Investitionskosten) preiswerteren Gaskraftwerke. Dies führt ohne Zweifel zu Umweltentlastungen und wird oft als Beleg für die Umweltverträglichkeit des Konzepts herangezogen. Sinken jedoch gleichzeitig die Energiepreise und wird das Engagement für Energieeinsparung und erneuerbare Energien mit Verweis auf die Wettbewerbssituation ausschließlich auf notleidende öffentlichen Haushalte abgeschoben, so bedarf es keiner großen Phantasie, um in Summe negative Effekte zu prognostizieren.

Zum Schluß: Nicht überall, wo Deregulierung etikettiert wird, ist wirklich Wettbewerb zu erwarten. Fehlt der politische Wille oder die Durchsetzungskraft, mit den Wettbewerbsstrukturen auch entsprechende Komplementärinstrumente zu schaffen, sind vor allem ökologische Rückschläge garantiert. Dies zu ignorieren, ist vielleicht ähnlich gefährlich, wie der fatale Status quo.

### Der Autor

Felix Christian Matthes ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Öko-Institut, Berlin.

Kontakt: Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, Tel. (030) 201650-81, Fax -88

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.